



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 141 (1930)**

304 (5.7.1930) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-352957](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-352957)

# Neue Mannheimer Zeitung

## Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung durch Träger frei Haus monatlich RM. 2.—, in weiteren Reichsteilen abgedr. RM. 2.50, durch die Post ohne Satzgebühren RM. 3.—, Einzelverkaufpreis 10 Pf. — Adressen: Waldhofstraße 6, Schöngingerstraße 19/20, Merfeldstraße 18, No. Friedenstr. 4, Fo. Hauptstraße 68, W. Cyprianstraße 6. — Erscheinungswelle wöchentlich 13 mal.

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. 1, 4-6. — Fernsprecher: Sammelnummer 240 51. Postfach-Konto Nummer 17500 Karlsruhe. — Telegramm-Adresse: Remazett Mannheim

Wagelapresse: Im Kaiserquell RM. — 40 die 22mm breite Wagelapresse im Reichsteil RM. 2.— die 70 mm breite Zeile. — Für die Werbung zu begehrenden Familien- und Gelegenheits-Kaufleuten besondere Sätze. — Adressen nach Tarif. — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Rubriken, an besonderen Plätzen und für telephonische Aufträge keine Gebühr. — Verlagsort Mannheim.

Beilagen: Sport der N. M. Z. \* Aus der Welt der Technik \* Kraftfahrzeug und Verkehr \* Die fruchtbare Scholle \* Steuer, Gesetz und Recht \* Neues vom Film Mannheim Frauenzeitung \* Für unsere Jugend \* Mannheimer Reisezeitung \* Mannheimer Vereinszeitung \* Aus Zeit und Leben \* Mannheimer Musikzeitung

Mittag-Ausgabe

Samstag, 5. Juli 1930

141. Jahrgang — Nr. 304

# Wann wird das Saargebiet frei?

## Die Verschleppung der Pariser Saar-Verhandlungen - Vertagung bis zum Herbst

### Doesch bei Briand

Drahtbericht unseres Berliner Büros  
□ Berlin, 4. Juli.

Die französischen Morgenblätter veröffentlichen eine Agenturmeldung aus Berlin, wonach die Saarverhandlungen als gescheitert anzusehen seien. Die von maßgebenden deutschen Stellen in Paris angegebene Information deutet darauf hin, daß die Verhandlungen zum mindesten eine Vertagung bis zum Herbst erfahren werden. Von französischer Seite nimmt man folgendermaßen an dieser Angelegenheit Stellung:

Es ist zwar richtig, so wird im „Matin“ erklärt, daß die Verhandlungen nur schleppend vorwärtsgeschiehen, aber von einem Abbruch ist nicht die Rede. Von Zeit zu Zeit lagen die Unterhandlungen, ohne allerdings nennenswerte Ergebnisse zu erzielen. Man darf nicht vergessen, daß die Deutschen die Forderungen hierüber sind. Von ihnen erwartet man Vorschläge, die es wert sind, festgehalten und näher geprüft zu werden. Der bisher gemachte Vorschlag konnte nicht einmal als Verhandlungspunkt für eine Verhandlung in Frage kommen.

Um den Stand der Saarverhandlungen drehte sich auch eine Besprechung, die am Freitag zwischen Völklinger von Doesch und Briand stattgefunden hat. Das „Journal“ schreibt hierzu, daß dieser Meinungsaustausch sehr verständlich sei, da die Verhandlungen sich in einem schwierigen Stadium befinden, wenn sie auch noch nicht abgebrochen seien. Auf jeden Fall sei man

weit von einer Einigung über die Höhe des Rückkaufspreises der Saarbergwerke entfernt.

Die Schätzungen über den Wert der Staatsgruben und den Rückkaufspreis gehen sehr weit auseinander. Der Besuch von Doesch bei Briand läßt sich nach Ansicht des „Journal“ auch durch die peinlichen Zwischenfälle erklären, die nach der Rheinlandnahme eingetreten sind und bei denen das Bedauerlichste das Vergehen der öffentlichen Ordnungsmassnahmen war, denn die deutsche Regierung war formelle Verpflichtungen eingegangen, alle Repressalien zu vermeiden. Man wird es daher verstehen, wenn sie versucht, durch ihren Vorkämpfer in Paris sich von ihrer Verantwortung zu entlasten und Erklärungen für die Ereignisse zu liefern.

Bezüglich der Zurückziehung der Besatzungstruppen herrscht in der französischen Öffentlichkeit die Anschauung, daß mit der Wahrung des Rheinlandes auch das Problem der

Überwachung der Eisenbahnen im Saargebiet akut geworden ist. Wie es in unterrichteten Kreisen heißt, wird die Saarkommission sich am 10. Juli mit der Angelegenheit befassen, wobei es dahin gestellt ist, ob sie sich für definitum halten wird, eine Entscheidung selbständig zu treffen. Nach französischer Auffassung ist allein der Völkerbund ratifiziert, in dieser wie in allen die Saar angehenden Fragen einen Beschluß zu fassen.

### Die Auffassung in Berlin

Drahtbericht unseres Berliner Büros  
□ Berlin, 4. Juli.

In letzter Zeit war, zumeist aus französischer Quelle, gemeldet worden, daß die Saar-Verhandlungen zum Abbruch gekommen sein sollen. Das sei indes, meint man an ausländischer Stelle, nicht ganz richtig. Dieses Element ist, will man glauben, eine Behauptung. Man habe, so wird erklärt, bei den bis jetzt geführten Beratungen der Unterkommisionen noch nicht vermocht, die großen Differenzen in der Kohlenfrage zwischen der deutschen und französischen Auffassung auszugleichen. Vor allem dem deutschen Standpunkt bezüglichen

daß die Saargruben nach der Rückgliederung des Gebietes an Deutschland wieder in preussischen, bezw. bayerischen Besitz überführt werden müßten, konnten die Franzosen bislang sich noch nicht berei-

### Polen verdächtigt Hindenburg

Drahtbericht unseres Berliner Büros  
□ Berlin, 4. Juli.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat am Tage der Rheinlandbesetzung auf seinem Familienheim in Westpreußen gewohnt, der an der Weichsel, wo die heutigen Grenzen Deutschlands, Polens und Danzigs sich berühren, liegt. Das polnische Regierungsblatt „Kurjer Czerwony“ faßt sich dadurch zu folgenden Äußerungen veranlaßt, die uns wert erscheinen, niedriger abgedruckt zu werden. Das polnische — wir betonen und wiederholen — Regierungsblatt schreibt:

„Diese symbolische und schweigsame Geste Hindenburgs spricht mehr als ganze Bände von gehaltenen Reden und erfordert keinerlei Kommentare... der prosozialistische Schritt des kaiserlichen Marschalls über den Weichselstrom, Hindenburg unternahm am Tage der Rheinlandbesetzung das nationale Lager an der polnischen Grenze.“

Hinden. Die deutsche Delegation aber, was so selbstverständlich ist, hält an ihrem heiligem durch das Versailleser Friedensvertrag unterzeichneten Standpunkt fest und wird das auch weiter tun. So stehen in der Tat die Besprechungen augenblicklich auf einem sehr kritischen Punkt und werden aller Wahrscheinlichkeit nach auf längere oder längere Zeit unterbrochen werden müssen. In dieser Zeit sollen die von den Unterhändlern erzielten Ergebnisse auf neue zwischen den Regierungen besprochen werden. In einem öffentlichen Abbruch soll es, wie man uns von unterrichteter Seite versichert, keinesfalls kommen. Allerdings, das steht nunmehr leider einmal fest,

ist in diesem Jahr mit keiner Einigung mehr zu rechnen.

da der Völkerbund der in dieser Angelegenheit sein Wort sprechen muß, bereits im September zusammentritt. Einen schwachen Trost glaubt man an ausländischer Stelle durch den Hinweis zu können, daß zu einem Pakt in der Saarfrage, die im Grunde eine rein deutsch-französische Angelegenheit ist, die Zustimmung der Völkerbundsammlung des Völkerbundes nicht notwendig sei, sondern daß das Votum des Rates in diesem Fall genügen würde. Der aber tritt noch der September-Sitzung bereits im kommenden Januar wieder zusammen. Sollte man nun im Herbst doch wieder an denselben Tisch sich zusammensetzen — zu welcher Hoffnung nach der französischen Haltung in der Saarfrage u. s. v. vorerst eigentlich kaum Anlaß besteht — Warte also bis zum Anfang nächsten Jahres noch alles ins reine gebracht werden.

Für die Meldung, daß der französisch-belgische Völkerbund am 10. Juli aus dem Saargebiet verschwinden soll, liegt im Auslandstischen Amt noch keine Bestätigung vor. Indes glaubt man hier, mit der baldigen Zurückziehung dieser Truppen rechnen zu dürfen, da Frankreich deren Zweck dahin ausdrücklich festgelegt hat, eine Verbindung mit dem besetzten Hinterland herzustellen. Diese Aufgabe erfüllt jedoch, das Rheinland von fremder Besetzung befreit ist.

### Hindenburg an den Bund der Saarvereine

Telegraphische Meldung  
— Berlin, 4. Juli.

Anlässlich der sechsten Jahrestagung des Bundes der Saarvereine in Trier hat Reichspräsident von Hindenburg folgendes Begrüßungstelegramm geschickt:

„Dem Bund der Saarvereine sende ich zu seiner diesjährigen sechsten Tagung meine herzlichsten Grüße. Ich verbinde mit ihnen meinen Dank für die jahrelange treue Arbeit des Bundes im Interesse des Saargebietes. Möge die Tagung erneut den Beweis dafür erbringen, daß das deutsche Volk

Die „D.N.S.“ bemerkt dazu, daß es einer internationalen Geselligkeit der fremden Presse entspreche, zwar fremde Minister, nicht aber fremde Staatsoberhäupter in den politischen Kampf einzubeziehen. Sie fährt dann — und man wird sich ihrem kommentar Wort für Wort anschließen können — fort: „Es ist nicht z. B. ein unerträglicher Gedanke, daß der Präsident des Deutschen Reiches, wenn er von der deutschen Reichshauptstadt durch deutsche Land nach dem deutschen Westpreußen fahren will, gezwungen ist, einen polonisierten Zug zu benutzen? Und daß er, wenn er etwa in Uniform fahren möchte, vielleicht sogar seinen Degen samt Parafalkab im Zuge in Verwahrung geben müsse, wie das die Reichswehrangehörigen tun müssen? Glauben die Polen, daß ein Volk, das ihnen an Nationalität nicht nachsteht, sich mit solchen Zuständen auf die Dauer abfinden kann? Nein! Es ist wahrhaftig schon eine beispiellose Verletzung an friedlicher Geduld, daß wir uns zwölf Jahre damit abgefunden haben.“

sich mit seinen in vorbildlicher Treue ausstehenden Brüdern und Schwestern von der Saar unerschrocken verbunden fühlt und mit ihnen mit Verantwortung dem Tage entgegensteht, an dem die Trennung des Saargebietes von seinem Mutterlande ihr Ende erreichen wird.

### Der Gruß des Reichskanzlers

Berlin, 4. Juli.

Der Reichskanzler hat an den Bund der Saarvereine folgendes Telegramm geschickt: „Dem Bund der Saarvereine sende ich zu seiner Tagung aus dem Namen der Reichsregierung herzlichste Grüße. Die unerschütterliche Treue, mit der die Saarländer in all den schweren Jahren ihr Volkstum hochgehalten haben, wird im Reich unvergessen bleiben. Gerade in diesen Tagen, in denen das Rheinland seine Befreiung feiert und in denen die Wünsche und Hoffnungen ganz Deutschlands sich auf eine baldige Rückkehr des Saargebietes ins Reich richten, möchte ich Ihnen versichern, daß die Reichsregierung alles in ihr Macht, um dieses, um allen am Herzen liegende Ziel zu erreichen. ges. Reichskanzler Dr. Brüning.“

### Aus dem Reichstag

Drahtbericht unseres Berliner Büros  
□ Berlin, 5. Juli.

Der Reichstag erledigte gestern eine stattliche Zahl seiner Vorlagen. Auf Vorschlag des Geschäftsausschusses wurde eine Reihe von Strafverfolgungsentwürfen genehmigt, die gegen kommunistische und nationalsozialistische Abgeordnete wie gegen den Sozialdemokraten Weber vorliegen, der sich einer Verteidigung des Reichstages schuldig gemacht hat. U. a. wurde dann in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz über die Vorführung ausländischer Bildstreifen verabschiedet, das den Behörden

gewisse Kontrollmöglichkeiten gegen fremde Filme

einräumt. Das diese durchaus heilsame Zensur-erlaubnis bei den Kommunisten härtesten Mißfallen auslöst, versteht sich am Rande. Die Jünger Moskaus erklärten runderhand, die Vorlage sei nicht weiter als eine Konkurrenzmaßnahme der deutschen Kinoindustrie gegen die „hochwertigen“ russischen Filme.

Der Entwurf eines Gesetzes über Erhebungen zur Frage der

Bekämpfung öffentlicher Betriebe land, wie sich denken läßt, bei den Kommunisten, mehr aber noch bei den Sozialdemokraten, wenig Gegenliebe, wie denn der Sozialdemokratie, die selten zu Ruh und Frommen der Allgemeinheit in so und so vielen kommunalen Verwaltungen und deren Regierbetrieben das große Wort führt, überhaupt

### Der Parteikampf um das Deckungsprogramm

Drahtbericht unseres Berliner Büros  
□ Berlin, 4. Juli.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion ist heute oberhalb im Reichstag zusammengetreten. Ueber den Verlauf der nunmehr dreitägigen Aussprache erfahren wir noch, daß ursprünglich Eugenberg die Forderung aufgestellt hatte, das ganze Programm in Rausch und Wogen abzunehmen und in Konsequenz dieses Entschlusses sich jeden Junctions auch in der losen Form, das vom Zentrum im Haushaltsausschuß angedeutet war, zu verlegen.

Der Parteiführer ist indes, wie sich denken läßt, mit diesem radikalen Vorschlag nicht durchgedrungen, vielmehr einigte man sich schließlich auf einen mittleren, von dem Fraktionvorstandenden Oberjohann vorgezeichneten Linie und beschloß, die Steuerreform, nur in ihrer letzten Form zurückzuziehen. Hinter diese Formulierung, die — wie wir das schon betonten — alle Möglichkeiten offen läßt, gelang es dann die ganze Fraktion zu bringen, mit anderen Worten: auch den Wehappell.

Um ihre Niederlage zu vermeiden, verlangten darauf die Anhänger Eugenbergs, den einstimmigen Beschluß zu veröffentlichen. Bei der Abstimmung darüber taten sich wieder die Klüfte zwischen beiden Lagern auf. Nur 22 Abgeordnete waren für, 21 gegen die Veröffentlichung. Zudem heißt es, daß acht Mitglieder der Wehappellgruppe überhaupt in der Sitzung fehlten. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß der linke Flügel der Fraktion sich wieder seiner ursprünglichen Stärke nähert und das Gleichgewicht, das sich zwischen Eugenbergs Versuchen zu haben schien, aufs neue wieder hergestellt worden ist.

Im Reichstag erregt man sich nun, daß zwischen dem linken Teil der Deutschnationalen und der Volkspartei ein Kompromiß erstrebt wird, dessen wesentlicher Punkt darin liegen soll, in der kommenden Woche dem Deckungsprogramm zuzustimmen, damit die Regierung von ihren innenpolitischen Sorgen über Erbsen befreit werde. Im Herbst bei der angekündigten endgültigen Regelung, oder besser wohl Reform der finanziellen Verhältnisse zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, will man dann gemeinsam den in letzter Zeit viel diskutierten Plan einer Kopfsteuer erneut in die Debatte werfen.

Jede Diskussion dieses heißen Themas äußerst peinlich ist. Die bürgerlichen Parteien indes sind sich einig darin, daß es mittlerweile Zeit wurde, den öffentlichen Betrieben, die zu den privaten Unternehmungen allerorten in unaufrichtiger Wettbewerb stehen, ein wenig auf die Finger zu legen und, so oder so, auch ihre bislang steuerfreien Einnahmen für den mageren Staatsfiskus zu nähren.

Zuletzt erledigte das Haus in zweiter Lesung das Gesetz über den Reichswirtschaftsrat. Herr Overling von den Deutschnationalen wollte Sicherungen dagegen getroffen wissen, daß das dem Reichswirtschaftsrat zustehende Ernennungsrecht nicht in Wirtschaftsspionage ausartet.

Heute will das Haus sich dann mit dem Verfassungsgesetz und dem Etat des Reichstages befassen.

### Einfuhrverbot deutscher Kirichen nach England

— London, 5. Juli. Die englischen Behörden haben die Einfuhr deutscher Kirichen nach England ab 3. Juli untersagt, da die deutschen Kirichenbauvereine mit Kirichenbauvereinen der Kirichenbaubünde befaßt seien.

### Holland beantwortet das Briand-Memorandum

— Paris, 4. Juli. Das französische Außenministerium veröffentlicht die Antwort der Niederländischen Regierung auf das Briand'sche Panuropa-Memorandum. In dem sehr ausführlich gehaltenen Schreiben erklärt die holländische Regierung, daß nach ihrer Ansicht das Territorium lange noch nicht genügend vorbereitet sei. Es sei daher zunächst ein Meinungsaustausch möglich und sogar nötig.

# Die „letzte Kompagnie“?

## Kritischer Ueberblick über die Zentralvorstandssitzung der D. V. P.

Von unserem nach Berlin entsandten H. B. Vertreter.

Berlin, 5. Juli.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat zum letzten Male im März in Mannheim gesiegt. Damals war man unerschrocken, optimistisch, zukunftsfähig. Scholz trat auf als der Verkörper einer neuen Parteigruppierung und Verfechter eines Aktionsprogramms, nicht nur für die Volkspartei allein, sondern auch für die übrigen Parteien der nationalbürgerlichen Mitte und auch die Reichsreform sollte nach seinem Wunsch energisch nach vorne in Blau kommen. Moldenauer verkündete, daß kein Grund zum Pessimismus in Politik und Wirtschaft vorhanden sei. Und heute? Heute, 3 1/2 Monate darnach, stehen wir vor einem Scherbenhaufen. Parteierneuerung? Die Sachverhalte haben sich und drei Parteien mehr besetzt als wir schon hatten. Die Reichsreform? Keine Runderkonferenz kommt recht vom Fleck, so auch nicht die letzte vor drei Wochen. Finanzminister? Moldenauer gehört heute zu denen, die fast schon verfallen sind und deren Name, wenn überhaupt, nur noch mit Schrecken und Ablehnung genannt werden.

Auf das Barometer der Sachverhalte hat man auch heute noch kein Gebührendes. Trotz der fatalen Verhältnisse für das nationalbürgerliche Bürgertum haben sie doch das eine Gute im Gefolge, daß sie die Parteien zur Einigkeit und Besinnlichkeit zwingen, auch.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat gestern mit einer ungewöhnlichen Rücksichtslosigkeit sich über alles offen ausgesprochen, über Dinge und über Personen.

Aber nicht nur über die Realitäten des politischen und wirtschaftlichen Lebens, deren eigene Kaufkraft nicht zu übersehen sind, sondern auch den Impersonalitäten suchte man nachzufahren und man muß zugeben, daß manches scharf umrissenes nachprüfbar geworden ist. Zwei Redner waren es im Besonderen, die hier vorbildlich wirkten, der Hg. Dingeldey und der Reichsbauminister Dr. Curtius. Von Berufswegen zwei Reichsbeamte, darf im Angriff und hart in der Verteidigung, wiesen beide gewissermaßen die Diagonale dieses merkwürdigen Parteikonflikts der Mitte auf, als das sich im Augenblick Politik und Wirtschaft darstellte. Es ist richtig, was beide, jeder von einem anderen Gesichtswinkel aus, in Vergleich stellen. 1933, die gleiche Zeit, die gleiche Volkswirtschaft, die gleichen Seiten des Jahres. Aber was damals vorhanden war, der große nationale Impuls zur Abwehr, fehlt uns heute. Wir verkennen, daß es nicht so sehr auf den Inhalt, sondern auf die Form des Redneres ankommt. Wir freuten uns am Einzelheiten und Einzelheiten heraus, über deren Wert und Unwert man natürlich an sich im Zweifel sein könnte, die aber von höherer Warte aus gesehen nicht einmal Zeichen der Zeit sind, sondern nur.

Thermometerziffern eines Fiebers, das Staat und Wirtschaft lähmt.

Die Warnung, die beide aussprachen, daß die letzte Regierung der Bürgerrechts sei, die mit dem Rücken an der Wand steht, verhallt nicht ungehört. So ernst, so eindringlich, so verantwortungsbewußt, ist seit langem nicht mehr in der Deutschen Volkspartei gesprochen worden.

Das Wesentliche, was die Volkspartei eigentlich unternimmt, umfassen auch nicht die verschiedenen Entschlüsse, denen man eigentlich wünscht, daß sie noch schärfer formuliert wären. Man war auch im Zentralvorstand nahe daran, den Schieber zu Witten, hat aber nur immer ein Bipschen aufgehoben. Sagen wir es daher ganz offen:

Es handelt sich auch um eine Verwerfung.

Dabei geht es nicht einmal um die Verlor des gegenwärtigen Führers — er reißt sich wackerlich stumm auf in dem Gigantenkampf, in diesen Zeiten den wirtschaftlichen Dicks auf den politischen Felten zu stürzen. Aber die Zeit einaus Tod war nicht nur für die Volkspartei ein unheilvoller Schlag. Das

Diadochentum unserer ganzen Politik bringt uns in diese inneren Strömungen, deren wir kaum noch Herr werden.

Man hat nicht ganz unzutreffend

die Regierung Erziehung mit der „letzten Kompagnie“ verglichen.

Gut, aber wir haben keinen richtigen Kompagnieführer. Und damit manchmal, daß wir einen Kriegslieutenant vor uns setzen, persönlich sympathisch und ein tapferer Grobkämpfer, aber ohne Kenntnis der großen strategischen Zusammenhänge. Auch Prü-

# Eine Arbeitsstatt Festigung

Drahtbericht unseres Berliner Botschafters

Berlin, 5. Juli.

Diese mittelmäßige Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei sollte eine Festigung werden. Man wollte den bestellten Mann und den vorhandenen großen Führer setzen. In jenem Mainz, in dem am kommenden Sonntag der Grundstein gelegt werden soll für das erste Reichsamt-Denkmal. Man hatte man aus Gründen, die im Westen und im Süden, trotz allem nicht recht verstanden werden, den Zentralvorstand nach Berlin berufen und auf dem Festakt mit seinen beschwungenen Stimmungen wurde unmittelbar der Steinmauerer, die längst nur noch Baumeister sind,

eine hartnäckige, ermatende, etwas gedrückte Arbeitsstatt.

Offen gestanden: Es geht der Deutschen Volkspartei im Augenblick nicht gut. Die Sachverhalte sind eine bittere Niederlage gewesen. Man kann über die Gründe, die zu der Niederlage führten, verschiedene Meinungen sein: Was war es auch im Zentralvorstand und im Reichsausschuss? Von der Tatsache selber läßt sich nichts formales und nicht wesentlichen. Der soziologische Umstellungsprozess, der das ebenem wohl künftige Bürgerium in seinen Schmelztiegel gepreßt hat und es mit allerlei antisozialistischen Strömungen zu durchlöcheren beginnt, ist sich zu nicht geringem Teil gerade in den Wirtschaftskrisen aus. Die herkömmliche die treuen Gefolgshäuser der Volkspartei liefern.

Und nun kommen noch die Deutungsversuche der Regierung, die neue, ganz freie und aktuelle Kampfbahn aufzuweisen drohen, vielleicht auch bereits sie aufweisen, denen anheimzulegen es im Ernst gar keine Möglichkeit gibt. Seit Jahr und Tag hat die Volkspartei nach einer Senkung der direkten Steuern gerufen, nach einer Bürgerlichen Regierung, die die Kapital- und Arbeit schaffende Wirtschaft vor Experimenten und neuer Belastung demotiviert. Die vorgelegte Regierung aus von der Volkspartei im April mit Zustimmung befragt, ist da. Aber statt der Senkung vorhandener Steuern besteht sie neue, neue, auch vom Einkommen und (im Grunde läuft es doch darauf hinaus) vom Besitz. Weil sie diese Steuern abkürzt, hat die Deutsche Volkspartei einen Richter, der ihren eigenen Rechen annehmen war, kürzen helfen. Jetzt soll sie im wesentlichen die nämlichen Steuern einem Finanzminister bewilligen, der als einflüchtiger Jungliberaler ihr zwar sehr nahe steht, der aber nun doch einer anderen Gruppe angehört.

Und der Zweifel bleibt

— und kann auch von niemand, es sei denn, von nachsichtigen Erbsenen, abgenommen werden — es mit all den Anforderungen das Ziel auch tatsächlich erreicht wird, es wenn es jetzt das Volk zu stoßen gelangt, wird im Herbst wirklich die Möglichkeit gewonnen, neu aufzubauen, jene umfassende Finanzreform mit Einschluß der Währungsänderung mit Wändern und Vermehren zu verbinden, die wir seit zehn Jahren vergeblich uns wünschen. Man muß sich das alles vorbehalten, um der Deut-

ning ist, wie Gröner in seinem jüngsten vortrefflichen Buch über den Volks von 1914 sagte, ein „Held der Wider Willen“. Wird überhaupt noch irgendwas der Wille zur politischen Führung geboren werden? Die Kommunisten und Nationalsozialisten, von denen ein Teil sich, wie es scheint, nunmehr zu Nationalkommunisten entwickeln will, dürfen wohl nicht die richtigen Willensschlichter sein, die wir brauchen. Die Volkspartei kann, wenn sie will, zu einem neuen Willenszentrum werden. Darin wir hoffen? Kräfte sind zweifellos da. Der ehemalige Heidelberger Reichsbauminister Curtius und der gegenwärtige Darmstädter Reichsbauminister Dingeldey haben, der eine für die Gegenwart, der andere für die Zukunft, Wege gezeigt für das Eindringen in die „herosiöse Atmosphäre“ des allerdingen höchsten. Vielleicht öffnet, und das ist das einzige Ergebnis dieser Berliner Tagung, die zeitliche Sitzung des Zentralvorstandes die Tür auf dem Turm in neue Kampfgefühle.

Kurt Fischer

# Berlin — Moskau

Drahtbericht unseres Berliner Botschafters

Berlin, 4. Juli.

Die russische Regierung hat, wie bereits bekannt, der deutschen Regierung, zur Bestimmung des Abzuges ihrer Wladimirische ausgedrückt. Wir haben als künftige Leute und dafür bedankt. Selbst hierbei haben es die Russen sich nicht verlagert lassen, stummlich und nicht für sich und ihre Politik Propaganda zu machen. Das erweist der zweite Satz ihrer Depesche. Der Telegrammwechsel zwischen Berlin und Moskau ist festgehalten worden:

„Im Namen der Regierung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken“

begehrte Herr Dimitrow an Dr. Curtius, „Bitte ich Sie, Herr Minister, unteren Glückwunsch anlässlich der Beilegung der deutschen Gebiete durch fremde Truppen und die Wiederbestellung des deutschen Reichsregierens zu übermitteln. Die Regierung der Sowjetunion, die am 18. Januar 1933 vor der ganzen Welt gegen die Bestimmung des deutschen Gebiets Protest erhoben hat, begrüßt mit hoher Befriedigung die Beilegung des Rheinlandes.“

Die Antwort des Reichsaussenministers lautet:

„Ich bitte Sie, Herr Staatsminister, den Dank der Reichsregierung für die Glückwünsche entgegenzunehmen, die Sie im Namen der Regierung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken anlässlich der Klärung der besetzten Gebiete ausgesprochen haben. Die Reichsregierung hat die warme Anteilnahme der Regierung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken an diesem historischen Ereignis mit Genugtuung begrüßt.“

Neben der Sowjetregierung hat auch eine Reihe anderer auswärtiger Mächte Anteilnahme an der Rheinländerklärung bezeugt, nur werden die Namen aller dieser Regierungen, was uns ungenügend dünkt, nicht bekannt gegeben. Man konnte bisher lediglich erfahren, daß die Regierungen von Mexiko und Ungarn unter ihnen seien.

# Letzte Meldungen

Heimkehr von der Schweizer Fahrt — Friedrichshafen, 4. Juli. Das Luftschiff „Drauf Juppelin“ ist gegen halb 4 Uhr Am. von seiner Schweizer Fahrt zurückgekehrt. Es war eine halbe Stunde früher in der Halle glücklich abgelandet.

Der Flug der „G 38“ nach dem Rheinland — Dessau, 4. Juli. Im Rahmen des technischen Erprobungsprogramms hat die Junkers-Flugzeugwerke „G 38“ unter Führung von Flugkapitän Zimmermann von Dessau nach Köln, um von dort aus als Sonderflugzeug des Reichsverkehrsministeriums morgen und übermorgen, wie bereits gemeldet, am Westwallung-Flugfeld zu landen, der die Städte Bonn, Koblenz, Wiesbaden, Mainz, Trier, Gladbach, Aachen, Köln, Düsseldorf und Essen berührt. Der Rückflug wird von Düsseldorf aus erfolgen.

Frankfurter Schnupfpolizei nach Wiesbaden beordert — Wiesbaden, 4. Juli. Die Wuchserstellungen gegen die Separatisten haben heute eine Fortsetzung erlebt. Ein Nahrungsmittel wurde überfallen und demoliert. Von den gestohlenen Warenwerten haben sich überall harte Verurteilungen gemeldet. Da mit aller Energie gegen die Nahrungsmittel vorgegangen werden soll, hat die Wiesbadener Polizei in Frankfurt Hilfe angefordert. Es sind daher 50 Mann Schnupfpolizei unter Führung von zwei Polizeioffizieren sowie 30 Kriminalbeamte nach Wiesbaden abgegangen.

Die 547. Flugstunde — Chicago, 5. Juli. Am 5. Juli Uhr nachmittags (MES) beendete das Flugzeug „City of Chicago“ volle 547 Stunden in der Luft. Durch Vermittlung eines Fernsprechanrufes wurden die Tausende Helfer gestern nachmittags in den Rundfunk eingeschaltet.

# Prof. Dr. Altmann

## Zur Emeritierung von der Handelshochschule

Als Professor Dr. Altmann, dessen aus gesundheitlichen Rücksichten erfolgende Emeritierung der Jahresbericht des Rektors der Handelshochschule gestern gemeldet hat, scheidet der am längsten der Hochschule angehörende Hauptamtliche Dozent auf dem Reich der aktiven ordentlichen Professoren. Zwar handelt es sich um keinen ungewöhnlichen Abschied von der Hochschule, da Altmann nach Wiederbestellung seiner Befähigung als aktiver ordentlicher Professor eine freie Lehrstätigkeit an der verstorbenen Stelle seines Wirkens weiter ausüben wird, indessen doch um einen wichtigen Ein- und Abgang ein für die Stadt Mannheim und ihre Hochschule bedeutsam gewordenen Lebenslauf.

Im Winter-Semester 1907/08 betraute das Rektorat der Handelshochschule auf Anraten Professor Goldwies den damaligen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter an der Handelskammer Frankfurt a. M. mit Vorlesungen und Lehungen über Geld- und Kreditwesen. Aus dem in manchen ausgebildeten Handelsdozenten zwei Hauptamtliche Dozenten für Nationalökonomie ernannte, wurde die eine von diesen Dr. Altmann auf Grund seiner bisherigen Lehr- und wissenschaftlichen Leistungen übertragen. 1910 erfolgte seine Ernennung zum Professor, im nächsten Jahr die Habilitation an der Universität Heidelberg, an der er von 1917 ab als außerordentlicher und seit 1921 als ordentlicher Honorarprofessor eine hochachtbare Tätigkeit ausübte.

Die Handels-Hochschule hatte mit Altmann wohl einen guten Willen. Sie hatte in ihm einen Dozenten gewonnen, dem schon sein Lehrer und Meister Adolph Wagner gewidmet hatte, daß sich seiner ungewöhnlichen Verdienstleistung, die Möglichkeit, erziehen möge, daß ganz der Wissenschaft zu widmen, der aber außerdem eine vielseitige und erfolgreiche Handelskammerpraxis durchlaufen hatte.

Altmanns Fortschrittsfähigkeit hat sich zwar fast über alle Gebiete der Volkswirtschaftslehre erstreckt, aber doch drei Hauptkreise mit besonderer Liebe behandelt.



Der erste Hauptkreis betraf die Geldtheorie, deren dynamische Betrachtung schon in seiner im folgenden Dissertation zur Geschichte der Geldtheorie angedeutet und später von ihm besonders in seinem Beitrag zur Geschichte für W. Schmoller. Zur deutschen Geldtheorie des 19. Jahrhunderts und in dem Artikel „Quantitätstheorie“ in der dritten Auflage des bekannten

Handwörterbuchs der Staatswissenschaften ausgebaut worden ist. Auf diesem unerschöpflichen Gebiete wie auch in der Finanzwissenschaft ist Altmann längst schon anerkannte Autorität, eine Tatsache, von der auch die hohe Berücksichtigung seiner leider vergriffenen Einführung in die Finanzwissenschaft bezeugt. Jüngst abliegt.

Der zweite von Altmann mit Vorliebe behandelte Hauptkreis ist die Ethik der Steuerlehre, die Problematik der Gerechtigkeit in der Besteuerung, die er in Wort und Schrift, durch Vorträge und Unterweisungen nachdrücklich gefördert hat. Seiner kritischen Begabung gemäß hat er endlich die seine Arbeitskraft immer mehr mit Beschlag belegenden Lehrtätigkeit zum Vorgehen theoretischer Bestimmung gemacht und die Ergebnisse dieses Nachdenkens in der feststehenden akademischen Rede von 1926 über „Gegenwärtige Aufgaben der wirtschaftswissenschaftlichen Sozialpolitik“ zu einer programmatischen Fundamentierung abgerundet. Von Altmann's Lehrtätigkeit sind große Wirkungen ausgegangen. Die Handels-Hochschule besitzt in ihm weitreichend einen der besten Redner unter den deutschen Hochschuldozenten. Sein von einem langjährigen Organ getragener Vortrag weckt auch die schwierigsten Gehörtenangehörigen mit spielender Leichtigkeit zu weichen und dem Hörer klar zu machen.

Noch wissen unter uns in lebendiger Erinnerung, wie er die in ihrer Vergrößerung ungenügend ansetzenden Verbindungen zur Förderung der sozialen Werte der Reichsregierung als rechte Hand des verehrten Bürgermeisters, Holländer in der Zentrale für Kriegsfürsorge in aufopfernder Arbeit zu vereinen und füngemäßig zu organisieren verstand. Wie an der Zentrale für Kriegsfürsorge so hat Altmann auch späterhin an der Mannheimer Volksgemeinschaft tätigen Anteil genommen. Die Gründung der „Vollständigen Volkshilfe“ vollends hat unbedenklich als sein Werk bezeichnet werden. Entgegenläufig hat er es daher empfunden, daß er die ihm entgegenstehende Einrichtung einer Volkshochschule aus gesundheitlichen Gründen nicht ins Werk setzen konnte; an ihren unter Leitung sei-

nes bewährten Mitarbeiter errungenen Erfolgen hat er sich gleichwohl herzlich erfreut. Kennenwollen werden auch heute wieder Freunde und Schüler seiner dankbar gedenken, von denen insoweit so wunderbar selbst schon zu einem Mann mit langjährigem Namen im öffentlichen Leben hervorgegangen ist.

# Die Konfilm-Behandlungen der großen Theater

Vor einigen Tagen wurde mitgeteilt, daß die Generalintendanten der Staatstheater von Preußen, Bayern, Sachsen und der Generalintendant der österreichischen Staatstheater für alle Angelegenheiten der Konfilmes sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen haben. Der Zusammenschluß der auf eine Art der prägnanten Kulturministeriums zurückgeht, wie das H. Z. mitteilt, zu dem Zweck, in allen rechtlichen Fragen gegenüber dem Konfilm nach gemeinsam festgelegten Richtlinien zu verfahren. Es soll vermeiden werden, daß durch die Mithilfe von Schauspielern im Konfilm der regelmäßige Betrieb der Staatstheater gefährdet wird.

Besmer soll keines der in der Interessengemeinschaft befindlichen Theater eine Oper oder ein Theaterstück für den Konfilm beizubringen lassen, es sei nicht vorher die anderen Bühnen verständigt hat. Durch viele Beratungen will man eine Konkurrenz der Staatstheater untereinander in den Konfilmangelegenheiten vermeiden. In neuen Verhandlungen, die für den Herbst vorgezogen sind, wird man sich darüber schlüssig werden, ob die Interessengemeinschaft auch noch auf andere weitverbreitete Ziele ausdehnen ist.

Der Generalintendant Ulrich Grimm dirigiert den „Orpheus“ Berlin, der morgen als letzter Abend des Herbst-Festivals gegeben wird, als letztes Werk seiner Mannheimer Bühnenzeit. Den Jago hat in dieser Vorführung Solney de Vries an Stelle des erkrankten Hans Böhling.











